

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Berlin kann ganz sicher Zukunft

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich zu Berlin als internationale Metropole zu bekennen. Dies beinhaltet folgende Punkte:

Berlin muss eine weltoffene Stadt bleiben!

- Berlin ist eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können, unabhängig davon, woher sie kommen und welche Religion, Kultur, Weltanschauung oder geschlechtliche Identität sie haben. Berlin lebt seit jeher von seiner Offenheit, die das Leben der Menschen vor Ort besser macht. Wir wollen eine weltoffene Metropole Berlin. Zugezogene, Touristinnen und Touristen, Kulturschaffende, Unternehmen und neue Start-ups, Forscherinnen, Wissenschaftler und Studierende, sowie die LGBTI-Community bereichern unsere Stadt und bringen sie voran.

Wohnungsneubau muss an Fahrt gewinnen.

- Berlin verfügt über zu wenig Angebot am Wohnungsmarkt, was die Mieten in die Höhe treibt. Ziel muss es sein, alles dafür zu tun, um mehr und schneller zu bauen und Wohnraum zu entwickeln – nur so können bezahlbare Mieten geschaffen werden. Brachliegende Flächen, wie z.B. am Rand des Tempelhofer Feldes, dürfen kein Tabu-Thema mehr sein und müssen im Ergebnis eines positiven Volksentscheides gemeinsam mit der Stadtgesellschaft entwickelt werden. Als weitere Instrumente bedarf es eines Baulückenkatasters, um Baulücken systematisch der Stadtplanung zuzuführen. Wir benötigen eine Landesbauordnung, die die Typenbaugenehmigung und den genehmigungsfreien Dachgeschossausbau enthält. Zusätzlich entwickelt der Senat ein

Mietkaufmodell auf landeseigenen Flächen. Dadurch soll jungen Menschen ohne nennenswertes Eigenkapital die frühzeitige Bildung von Wohneigentum ermöglicht werden. Denn nur Eigentum hilft bei der Altersvorsorge und schützt so vor Verdrängung und Mietsteigerung.

Enteignungsdebatten sind finanziell nicht tragbar und schaden Berlins Ansehen.

- In der Enteignungsdebatte geht es nicht um die Lösung von Sachthemen, sondern nur um Ressentiments gegenüber großen Unternehmen. Daneben wird keine einzige neue Wohnung geschaffen. Die Kosten von 30 – 40 Mrd. EUR entsprechen einem Jahreshaushalt des Landes Berlin. Die Kreditfinanzierung dieses Abenteuers würde eine hohe finanzielle Belastung des Berliner Haushalts darstellen. Bei Veränderungen der aktuellen Zinslage bedeutet dies entsprechend tiefgehende Sparmaßnahmen für Berlin. Zusätzlich gefährdet diese andauernde Diskussion weitere Investitionen am Standort Berlin und würde auf Dauer unsere Soziale Marktwirtschaft aushöhlen. Tatsächlich ließen sich mit diesen Mitteln Investitionen in den Wohnungsbau ermöglichen, die eine bessere, mietensenkende Wirkung haben könnten.

Wirtschaftsverkehr in der Metropolregion innovativ und nachhaltig voranbringen.

- Der Wirtschaftsverkehr ist essenziell für das Funktionieren unserer Stadt. Er umfasst einerseits den Waren- und Güterverkehr, andererseits auch den Dienstleistungsverkehr sowie den Geschäfts- und Personenwirtschaftsverkehr, zu dem auch der Bustourismus sowie das Carsharing gehören. Darüber hinaus bedarf es jedoch einer Vielzahl konkreter Maßnahmen, um den Berliner Wirtschaftsverkehr nachhaltig für die Zukunft zu stärken. Dies beinhaltet das Management der Flächenkonkurrenz verschiedener Verkehrsträger (Schaffung Lieferzonen), die Reduzierung der Emissionen (Umstellung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und Antriebe), die Verbesserung der Infrastruktur (Vorrangnetz für den Güterverkehr), die Bereitstellung von Daten zur digitalen Steuerung (Erhebung der Wirtschaftsverkehrsdaten).

Die Verkehrswege müssen mitwachsen, wenn die Stadt wächst.

- In einer wachsenden Metropole muss auch die Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden. Diese Aufgabe muss endlich eine Priorität im Senat bekommen. Der Weiterbau der A100 und der Bau der Tangential Verbindung Ost (TVO) sorgen für die verkehrliche Entlastung der Stadt. Ebenso muss der ÖPNV attraktiver gestaltet werden. Hierzu müssen endlich die ersten Spatenstiche für den Lückenschluss der U3 Mexikoplatz, für die Verlängerung der U8 ins Märkische Viertel, für die Verlängerung der U1 zum Ostkreuz und nach Westkreuz, für die Verlängerung der U7 zum BER und ebenso für die Verlängerung der U7 in Spandau (Heerstraße Nord) erfolgen.

Berlin und Brandenburg als Metropolregion weiterentwickeln.

- Die Ansiedlung von Tesla kann eine Initialzündung für die Berliner Wirtschaft sein. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Berlin und Brandenburg in Zukunftsfragen viel enger kooperieren, vor allem bei Infrastrukturmaßnahmen im Wohnungs- und Straßenbau. Dafür muss es auf parlamentarischer Ebene künftig mehr Austausch geben.

Ebenso müssen die Planungen für eine gemeinsame IBA für Berlin und Brandenburg angegangen werden.

Klimamonitoring für Berlin.

- Die verschiedenen Maßnahmen zum Klimaschutz, darunter auch das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) 2030, sind aktuell eine Sammlung von Maßnahmen, ohne Bewertung der Kosten und der konkreten Klimaeffekte. Es bedarf deshalb eines Monitorings, das alle Maßnahmen bewertet und transparent die Erreichung der Klimaziele und die noch zu füllende Lücke nachhält. Dafür ist eine zentrale, öffentliche, digitale Plattform zu schaffen, die transparent und übersichtlich alle wichtigen Daten zum Klima enthält und Klimaschutzmaßnahmen des Landes Berlin sowie die weitere Planung und deren Umsetzung darstellt. Die dargestellten Informationen zur Erreichung der Klimaziele müssen auf der digitalen Plattform allgemein verständlich und leicht nachvollziehbar für alle Bürgerinnen und Bürger aufbereitet werden.

Begründung

Berlin hat vom Zuzug von Menschen aus aller Welt oftmals enorm profitiert. Wer nach Berlin kommt, um hier seine Zukunft zu gestalten, ist für alle Berlinerinnen und Berliner ein Gewinn und ein Magnet, der weitere Menschen nach Berlin lockt. Diesen Schatz sollte sich die Stadt bewahren.

Dies setzt allerdings voraus, dass Berlin ihnen ein Zuhause bieten kann. Wir brauchen deshalb mehr Wohnraum. Das ist unstrittig. Enteignungen von Wohnungsunternehmen sind nicht der richtige Weg und schaden Berlin. Bezahlbaren Wohnraum schafft man nur, indem die Knappheit an Wohnraum durch Neubau beseitigt wird. Daneben brauchen wir eine belastbare Infrastruktur, denn hier hat sich ein immenser Investitionsbedarf angestaut: sei es im Straßenbau, im Wirtschaftsverkehr oder im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs. Hier muss der künftige Senat Prioritäten setzen, um mit dem Wachstum der Stadt mithalten zu können. Durch das Wachstum der Stadt gewinnt auch die Metropolregion zusehends an Bedeutung, jedoch gibt es keine gemeinsame Idee. Berlin und Brandenburg benötigen dringend ein gemeinsames Verständnis, wie die Metropolregion entwickelt werden soll. In der Umwelt- und Klimapolitik Berlins gibt es eine Vielzahl von guten Maßnahmen, jedoch sind ihre konkreten Klimaeffekte nicht bekannt, deshalb müssen alle transparent bewertet und in einem Monitoring dargestellt werden. Berlin steht in den kommenden Jahren vor immensen Aufgaben, deshalb muss jetzt engagiert der Grundstein für die Zukunft Berlins gelegt werden.

Berlin, den 07.09.21

Czaja, Meister
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin